

von 1918, 1919 und 1920 enthielten bereits Erhöhungen, die infolge Einführung des Achtstunden-Tages, der Ferienverlängerung, der Leistungsminderungen, Materialverteuerung usw. sowie der schon beginnenden Geldentwertung wegen nötig geworden waren. Im April 1922 erschien dann die letzte Auflage des Preistarifs, der sogenannte »Braune Tarif«, in teilweise umgestalteter Form und mit Preisen, die rund das 30fache der Friedenspreise darstellen. Bei Einführung der Goldmarkrechnung am 1. November 1923 waren den Sätzen des Braunen Tarifs gegenüber viele weitere Verschlechterungen, insbesondere auch steuerlicher Art eingetreten, so daß nicht eine Teilung durch 30, sondern eine solche durch 20 die Goldmark in ein richtiges Verhältnis zur Friedensmark brachte. Für die Fälle, in denen statt Einführung der Goldmarkberechnung das Schlüsselzahlverfahren beibehalten werden sollte, wurde die Schlüsselzahl, mit der die Sätze des Braunen Tarifs zu vervielfältigen waren, durch Teilung des jeweiligen Berliner Dollar-mittelkurses durch 84 ermittelt. Diese Teilerzahl 84 bildet sich aus dem Verhältnis der Goldmark zum Dollar, das 4,20 ist, vervielfältigt mit 20 als Teilerzahl für die Sätze des Braunen Tarifs. Seit dem 1. November, an dem die Goldmarkpreise eingeführt wurden, haben sich aber die Materialpreise und die Unkostenlage wiederum so wesentlich verschoben, daß die Teilerzahl 20 nicht mehr angemessen war, sondern in 16 geändert werden mußte, ebenso die Teilerzahl 84 für Ermittlung der Schlüsselzahl in 67. Durch diese letzte Preissteigerung ist die Bekanntmachung im Börsenblatt vom 6. Dezember d. J. ausgelöst worden, die nach vorstehenden Ausführungen nicht als der Sachlage entsprechend erscheinen kann.

Wir müssen es besonders bedauern, daß diese Bekanntmachung veröffentlicht wurde, bevor Ihr Schreiben vom 7. d. M. an uns überhaupt abgesandt war, also zu einer Zeit, in der wir noch gar nicht in der Lage waren, Sie über die Beweggründe der von uns vorgenommenen Druckpreiserhöhung aufzuklären.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins.

gez.: D. Heenemann, Dr. Woelk.

Hierauf hat der Börsenverein wie folgt geantwortet:

Leipzig, 22. Dezember 1923.

An den

Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins

Berlin.

Sehr geehrte Herren!

Am Schlusse Ihres Schreibens vom 13. Dezember d. J. bezeichnen Sie unsere Ausführungen vom 7. Dezember nicht als zutreffend, weil sie der von Ihnen in Ihrem Schreiben geschilderten Sachlage nicht entsprächen. Wir möchten demgegenüber hervorheben, daß wir über die Gründe, durch die Sie zur Heraushebung der Sätze des »Braunen Tarifs« veranlaßt worden sind, beim Erscheinen unserer Bekanntmachung vom 4. Dezember durchaus im Bilde waren; Sie hatten ja auch in Ihrem Rundschreiben das Wesentliche hierfür bereits angeführt. Abgesehen aber von dem Ausmaß der Erhöhungen, das zu einer weiteren bedenklichen Steigerung der Buchpreise führen muß, war es vor allen Dingen der Zeitpunkt der Verlautbarung Ihrer neuen Preise, der uns zu sofortiger Abwehr zwang.

Die katastrophale Lage des Verlagsbuchhandels im Laufe des Jahres 1923, die im November den Höhepunkt zu erreichen schien, darf als ganz allgemein, in Ihren Kreisen also ganz besonders genau, bekannt vorausgesetzt werden. Wir müssen ferner darauf hinweisen, daß unsere altgewohnten regelmäßigen Käuferschichten, besonders die Geistesarbeiter, Beamten usw., heute mehr als andere unter der allgemeinen Teuerung leiden, so daß sie als Abnehmer für den Buchhandel nicht mehr in Frage kommen. Die Kreise aber, die heute als kaufkräftig angesprochen werden können, sind in der Zeit des kräftigsten Materialismus noch längst nicht in dem Maße als Bücherkäufer gewonnen worden, daß wir den Ausfall der alten Käuferkreise wett zu machen in der Lage wären. Besonders leidet darunter die Belletristik, aber auch gewisse Gruppen von Schulbüchern und sonstiger Unterrichts-Literatur haben große Veränderungen erfahren durch allerlei Umstände, die auf behördliche Veränderungen zurückzuführen sind.

Wie im Inland, so war auch auf dem Auslandsmarkt ein ständig zunehmender Absatz-Rückgang zu verzeichnen, insbesondere aus dem Ausland liefen viele Klagen über die Höhe der Preise deutscher

Verlagserzeugnisse ein, die sie gegenüber französischer und englischer Literatur konkurrenzunfähig machen. Es ist hier nicht der Platz, über die Ursachen namentlich des Vordringens französischer Literatur zu reden. Der deutsche Verlag muß jedenfalls damit rechnen und ist zu seinem Teil bereit, Opfer im Rahmen des Möglichen zu bringen. Alle seine Auslandpreise liegen gegenwärtig etwas unter den Inlandpreisen. Ein durchaus anormaler Zustand, der aber vielleicht mit Rücksicht auf die Erhaltung des Auslandmarktes trotz der dagegenstehenden Bedenken aufrechterhalten werden muß.

Welches sind nun die Gründe für diese Konkurrenzunfähigkeit des deutschen Buches? Es dürfte nicht allzu viel gesagt sein, wenn man als solche die Höhe des Papierpreises und die Druckkosten in Deutschland anführt. Dazu tritt in manchen Fällen noch eine wesentliche Verteuerung durch das Einbandmaterial.

Während nun der Buchhandel, veranlaßt und gezwungen durch die Abgaben, sich bereitzufinden muß, Opfer zu bringen, wird seitens Ihres Vereins gerade das Gegenteil der vom Buchhandel vorgenommenen Preispolitik getan. Eine wesentliche Erhöhung tritt ein zu einer Zeit, in der der gesamte Handel wesentliche Preisherabsetzungen vollzieht. Allerdings hegen Sie Zweifel, ob es sich bei diesem Abbau nicht nur um eine vorübergehende Erscheinung handele, da er Ihrer Meinung nach vielleicht nur auf Grund vormaliger übertriebener Spekulationen möglich sei. Es mag zutreffen, daß vielfach eine gewisse Preiserhöhung durch Einrechnung von Prämien für ein Geldentwertungsrisiko vorlag, die hinfällig wurde, als die Möglichkeit wertbeständiger Zahlung eintrat. Wichtig aber ist, daß eben dieser Abbau tatsächlich vorliegt und sich bei den wichtigsten Materialien bemerkbar macht. Im Augenblick, wo sich solche fallende Tendenzen in der allgemeinen Preisbildung zeigen, kann nicht von einem einzelnen Industrie- oder Handelszweig gerade das Gegenteil getan werden, ohne daß er nicht die von ihm abhängigen Gewerbe schwerster Absatzgefährdung aussetzt. Auf jeden Fall hätte unseres Erachtens diese Entwicklung des Wirtschaftslebens Ihre Entschlüsse beeinflussen müssen. Wenn schon die von Ihnen vorgenommenen Erhöhungen zwei oder drei Wochen vorher noch möglich gewesen sein mochten, da Ihren Ausführungen nach damals ja die Ursachen für die jetzt vollzogene Erhöhung eintraten, so lag im Augenblick ihrer Verwirklichung und ihres Inkrafttretens eine vollkommen andere Sachlage vor.

Nicht unwidersprochen möchten wir lassen, daß die jeweils geltenden Preise immer die billigsten wären; wenigstens sind die billigsten Preise nicht immer diejenigen, die von Verbandsseite aus festgesetzt werden. Man macht es ja vielfach den Tarifpreisen zum Vorwurf, daß sie auf die Bedürfnisse der schwächsten Betriebe abgestellt und bestimmt sind, diese mit durchzuschleppen. Vielfach finden sich dann leistungsfähige Betriebe, die erklären, die Höhe der Verbandspreise nicht unbedingt zu benötigen, und billiger arbeiten. Der Verband hat es sich unseres Erachtens selbst zuzuschreiben, wenn von solchen Möglichkeiten Gebrauch gemacht und dadurch seine Preispolitik teilweise illusorisch gemacht wird.

Ein Rückgang der Aufträge wird unseres Erachtens unter allen Umständen als warnendes Zeichen dienen, vor allen Dingen auch gegenüber Ihren Arbeitnehmern, die bekanntermaßen eine für sie überaus ertragreiche Lohnpolitik getrieben haben. Wir brauchen nur an die Erhöhung der Löhne für die Rotendrucker zu erinnern, die vermöge des Tarifvertrags auf das ganze Druckgewerbe übergriff und über Nacht den Buchhandel vor eine Erhöhung von über 50% stellte.

Einer der zu Ihrem Verein gehörenden Kreise schrieb uns selbst unterm 14. Dezember, daß die Löhne, die bei Ihnen festgesetzt wurden, »erheblich höher sind als die Löhne, die in anderen Gewerben und Industrien gezahlt wurden«, und es wird dann weiter gesagt: »Weite Kreise in unserem Gewerbe sehen auf dem Standpunkt, daß der Geist, der im Reichsarbeitsministerium herrscht, von einem verhängnisvollen Einfluß auf das deutsche Wirtschaftsleben gewesen ist, da er in völliger Verkennung der den Dingen innewohnenden Gesetze allzu sehr geneigt war, einseitigen, allzu prononcierten Forderungen nachzugehen«. Hier ist der Punkt, wo unseres Erachtens mit größtem Nachdruck auf eine Wandlung hingewirkt werden mußte. Wenn Beamte mit Rücksicht auf das Staatswohl und Arbeitnehmer mit Rücksicht auf die Erhaltung des Inland- und Auslandmarktes bereit sein müssen, Opfer zu bringen, so können die Arbeitnehmer des Buchdrucks keine Ausnahmestellung verlangen. Nicht zuletzt die bei den bisherigen Tarifverhandlungen durchgeführten Forderungen der Arbeitnehmer des graphischen Ge-